

## Scheuerrain ist gefragte Adresse

**STADT BERN** Die 64 Wohnungen am Scheuerrain sind erst ab Februar 2007 bezugsbereit, bereits gibt es aber zwölf Anmeldungen. Die grosse Nachfrage erstaunte ihn nicht, sagte gestern Hans Rudolf Zollinger von der gleichnamigen Immobilienfirma anlässlich der Grundsteinlegung, sei doch in den vergangenen 15 Jahren in der Stadt Bern kaum neuer Wohnraum entstanden. Orazio Galfo von der Losinger AG, die als Totalunternehmerin für die Ausführung des 48-Millionen-Franken-Projekts verantwortlich zeichnet, führte das Interesse auch auf die «vernünftigen Mietzinse» zurück: Eine 3,5-Zimmer-Wohnung kostet zwischen 1600 und 1900 Franken, 4,5-Zimmer-Wohnungen gibt es ab 1900 Franken und ein 5,5-Zimmer-Logis kostet zwischen 2200 und 2700 Franken pro Monat. Nebst den zwei Wohnblöcken im Sulgenbachtäl entsteht oben am westlichen Ende der Monbijoubücke, zwischen der eidgenössischen Steuerverwaltung und der Post, ein Bürokomplex mit 200 Arbeitsplätzen. Dort einziehen wird Ende 2006 die Pensionskasse des Bundes, die Publica.

Sie stieg vor zwei Jahren als Investorin ins Scheuerrain-Projekt ein – und brachte damit Bewegung in eine über 50-jährige Planungsgeschichte. Ursprünglich war geplant gewesen, im Sulgenbachtäl ein Hochhaus in der Höhe jenes am Eigerplatz zu errichten. Auch neuere Pläne blieben in der Schublade liegen, weil Investoren fehlten. Zuletzt versuchte die Grüne Partei Bern die Überbauung mit einer Beschwerde zu verhindern. Der Kanton wies sie ab. (car)

## Stapo regelt erstmals Umgang mit Medien

Spannungsfeld Polizei - Presse an Demonstrationen

*Der Konflikt zwischen Polizei und Medienschaffenden rund um die letzten Anti-WEF- und Antifa-Demonstrationen trägt Früchte: Die Stadtpolizei Bern erlässt erstmals Richtlinien für den Umgang mit Journalisten.*

RUDOLF GAFNER

Als Polizeigrenadiere am 22. Januar im Bahnhof WEF-Gegner einkesselten, wurden Medien weggewiesen und auf Distanz gehalten; der «Bund»-Fotograf blieb nur deshalb Zeuge, weil er sich mit einkesseln liess. Die Mediengewerkschaft Comedia sah «verfassungsmässig garantierte Rechte verletzt» – doch am 12. März beim «Antifa-Abendspaziergang» wiederholte sich der Vorgang. Nun wurden Reporter, so von «Bund» und «Berner Zeitung», vom Stapo-Infochef höchstselbst vom Kessel wegkomplimentiert – «auf Weisung der Einsatzleitung».

Die Sache beschäftigte auch das Parlament: Die SP interpellierte, und Urs Frieden (gb), selber Journalist (Vizechef Sport «Blick»), sah «die Pressefreiheit verletzt». Dies erst recht, weil am 20. Januar zwei Reporter alternativer Medien (Radio Rabe Bern, Radio Lora Zürich) in Polizeigewahrsam gesetzt worden waren; hierzu ist eine Strafanzeige hängig, die beiden Fälle werden mit Unterstützung von Comedia-Juristen vor Gericht getragen.

Heute Donnerstag nun behandelt der Stadtrat die SP-Interpellation. Folgt man dem Gemeinderatsbescheid, ist die «Behandlung von Journalisten» durch die Polizei bei Demonstrationen ein weithin offenes Feld, denn «bei der Stadtpolizei existieren keine speziellen einsatzbezogenen Richtlinien im Umgang mit Medienschaffenden». Diese im August abgefasste Stellungnahme ist aber bereits überholt – denn seit Sommer hat sich einiges bewegt.

**Stapo für «nahe Medienpräsenz»**

Nachdem sich schon im Juni der Journalistenverband Impressum, Polizeidirektorin Barbara Hayoz und -kommandant Daniel Blumer zu einer Aussprache getroffen hatten, wurde das Thema im Herbst in die Schulung der Abteilung Sicherheitspolizei (Asip) aufgenommen, wobei ein Vertreter der «Bund»-Redaktion – die sich als Mitbetroffene beschwert hatte – für Referate eingeladen war. Vor 14 Tagen nun hat die Stapo erstmals interne Richtlinien («Merksätze im Umgang mit den Medien») erlassen. Berns Polizei bekennt sich darin zum Prinzip, «die nahe Präsenz der Medienschaffenden ermöglichen zu wollen», dies in Sperrzonen allenfalls begleitet. Im öffentlichen Raum dürften sich Journalisten «frei bewegen, fotografieren und filmen». Sie müssten sich indes umgekehrt ausweisen können und hätten professionelle Distanz zu den Demonstrierenden erkennen zu lassen.

## Was, wenn die Reitschule Marktmiete zahlen muss?

**STADT BERN** Wird die Initiative «Keine Sonderrechte für die Reitschule» angenommen, dann muss die Stadt den Reitschulbetreibern «ortsübliche Mietzinse» in Rechnung stellen. So stehts im Initiativtext. «Dann wäre die Philosophie der Reitschule gestorben», sagte SP-Koprsäsidentin Béatrice Stucki an einer Podiumsdiskussion der Juso Bern am Dienstagabend im Käfigturm. Denn ortsüblich heisse bei einer so grossen, gut erschlossenen Liegenschaft im Stadtzentrum, dass die Miete «sehr hoch wäre» – da gehe es um Millionen. «Ich weiss nicht, wie die Reitschule Einnahmen in dieser Höhe generieren könnte», so Stucki, zumal ja dort die Eintrittspreise zu kulturellen Veranstaltungen nach wie vor sehr tief seien. Darum müsse die Initiative abgelehnt werden.

Dem hielt JSVP-Stadtrat Simon Glauser, Kopf des Initiativkomitees, entgegen, die Forderung nach ortsüblicher Miete betreffe nur kommerziell genutzte Räumlichkeiten, Bars und Restaurant: Bei Annahme der Initiative müsste man definieren, welche Räume kommerziell genutzt werden. Glauser stellt fest, dass sich bei einem Jazur Initiative, die sich «nicht gegen die Kultur in der Reitschule» richte, das dortige Kulturangebot kommerzieller werden könnte.

Im Übrigen könne es mit dem Geldmangel der Reitschule nicht so weit her sein, allein die laufende Abstimmungskampagne dürfte «gegen 100 000 Franken» kosten, mutmasste Glauser – seinem Komitee stünden indes «nur 17 000 Fränkl» zur Verfügung. Er werde im Stadtrat

einen Vorstoss einbringen, um herauszufinden, ob die Kampagne der Reitschule mit Steuergeldern unterstützt werde.

Bis dahin drehte sich die Diskussion um die Inhalte der Initiative. Alsdann wandte sich das Gespräch Themen zu, die immer aufs Tapet kommen, wenn es um die Reitschule geht. Dabei wiederholte Glauser seine Argumente, die er schon im «Bund»-Streitgespräch gegen Anne Wegmüller dargelegt hatte (Ausgabe von Dienstag) – etwa, dass Organisationen wie die Antifa oder die Anti-WTO-Koordination dank der Initiative ihre Treffen vielleicht nicht mehr in der Reitschule abhalten werden. Stucki wiederholte die bekannten Positionen der linken Parteien, so etwa, dass weder die Reitschule noch Kundgebungsorganisatoren für Ausschreitungen verantwortlich gemacht werden könnten, dass in der Reitschule viel gegen Gewalt unternommen werde. Schliesslich stellte Gesprächsleiter und «Bund»-Redaktor Rudolf Gafner fest, man spreche hier «so ziemlich über alles – nur kaum über die Gebühren und Abgaben, um die es bei der Initiative geht».

Die zwei Dutzend Jusos verhielten sich in der anschliessenden Diskussion weitgehend still, überliessen das Feld den anwesenden Stadtratsmitgliedern – womit der Strauss an Argumenten kaum bunter wurde. Immerhin warf eine junge Frau ein, die Initiative bedrohe das niederschwellige Kulturangebot der Reitschule, ein Angebot, das es so sonst nirgends in Bern gebe und das nach einem allfälligen Ja schmerzlich fehlen würde. (sbü)

KURZ

### Stadtpolizei vernichtete Hanfblüten und Setzlinge

**STADT BERN** Aufgrund von Beobachtungen kontrollierten Mitarbeitende der Stadtpolizei Bern in den letzten Tagen zwei Hanf-Indoor-Anlagen im Stapfenacker und in der Schosshalde. Die Besitzer der Anlagen sind geständig, Hanfblüten einerseits an Hanfläden und andererseits im Freundes- und Bekanntenkreis verkauft zu haben. Insgesamt wurden über 500 Hanfpflanzen, Setzlinge und einschlägige Einrichtungsgegenstände sichergestellt und mit Einwilligung der Besitzer vernichtet. (pid)

### Preis für Kinderbahnhof

**RBS** Im Rahmen des «Innovationspreises öffentlicher Verkehr» erhält der «Chinderbahnhof» Bern eine Anerkennung. Der Preis wird seit 1999 alle zwei Jahre durch den Verkehrsclub der Schweiz (VCS), den Schweizerischen Eisenbahn- und Verkehrspersonal-Verband (SEV) und den Verband öffentlicher Verkehr (VöV) vergeben. Die Betreiber der S-Bahn (BLS, RBS, RM) bieten im Bahnhof Bern seit Fahrplanwechsel einen betreuten Kinderhütendienst an. (pd/sda)

### Drei Frauen im Gespräch

**STADT BERN** Heute Donnerstagabend diskutieren CVP-Nationalrätin Rosmarie Zapfl, Präsidentin des Vereins Schweizer Freunde von Neve Shalom/Wahat al-Salam (Israel), Evi Guggenheim Shbeta, Autorin des Buchs «Oase des Friedens», und Doris Stucki, Projektleiterin Frauenreise Women in Black, über Oasen des Friedens. 20.30 Uhr im Forum am Altenberg in Bern. Moderation: Matthias Hui, Fachstelle OeMe Bern-Jura-Solothurn. (pd)